

Realitätscheck für Sozialversicherungen

Ein Postulat der Freien Liste soll aufzeigen, wo im System der Sozialversicherungen Lücken sind und wo Reformbedarf besteht.

Desirée Vogt

Das liechtensteinische Sozialversicherungssystem bietet grundsätzlich eine tragfähige Absicherung, orientiert sich in seiner Ausgestaltung jedoch stark an klassischen Vollzeit-Erwerbsbiografien. Wer Teilzeit arbeitet, Kinder betreut oder ein eigenes Unternehmen führt, fällt im Ernstfall oft durch die Maschen, so die Feststellung der Freien Liste (FL). Sie hat deshalb ein Postulat eingereicht. Die Fraktion möchte, dass die Regierung bestehende Deckungs- und Leistungslücken umfassend analysiert und dem Landtag konkrete Massnahmen zu deren Schliessung zu präsentiert.

«Programmierte Altersarmut»

Im Rahmen einer Medienkonferenz in der Säulenhalle des Landtagsgebäudes in Vaduz erläuterten die Vertreter der Freien Liste die Hintergründe ihres Vorstosses. Die verschiedenen Versicherungen würden gemeinsam ein sehr komplexes Konstrukt bilden, erklärte der Abgeordnete Patrick Risch. Sie sollten im besten Fall wie ein Räderwerk ineinandergreifen. Dass dies in der Praxis oftmals nicht der Fall ist, verdeutlichte Risch mit deutlichen Worten: Es handle sich bei den Betroffenen nicht um tragische Einzelfälle, die durch das Raster fallen, sondern vielmehr um Systemfehler.

Diese strukturellen Schwächen zeigen sich laut dem Postulat besonders deutlich in der betrieblichen Personalvorsorge (BVG). Wer seine Erwerbstätigkeit unterbricht, beispielsweise für unbezahlte Care-Arbeit, ein Sabbatical oder ein politisches Mandat, verliere faktisch den Versicherungsschutz der Pensionskasse. Das Gesetz sieht keine freiwillige Weiterführung der Versicherung vor. Betrof-

fene müssten ihr Geld zwingend auf schlechter verzinsten Freizügigkeitskonten überweisen und stünden plötzlich ohne Risikoschutz bei Invalidität oder Tod da. Auch Personen, die in mehreren Teilzeitjobs arbeiten, erreichen oft die gesetzliche Eintrittsschwelle der Pensionskasse nicht. Obwohl sie kumuliert ein existenzsicherndes Einkommen erzielen würden, könnten sie keine angemessene Altersvorsorge aufbauen. Das Fazit von Patrick Risch fiel in der Medienorientierung entsprechend hart aus: «Es ist eine programmierte Altersarmut, die heute produziert wird.»

Lücken auch bei der ALV und der IV geortet

Das Postulat – unterzeichnet von den beiden FL-Abgeordneten Manuela Haldner-Schierscher und Sandra Fausch – deckt gemäss der Freien Liste aber auch weitere «blinde Flecken» im Sozialversicherungssystem auf. Ein markantes Beispiel liefere die Arbeitslosenversicherung (ALV). Inhaber von eigenen Unternehmen, die massgeblich am Unternehmenserfolg beteiligt seien, müssten zwingend Beiträge an die ALV zahlen. Gehe die Firma jedoch in Konkurs, hätten sie und ihre im Betrieb mitarbeitenden Ehepartner keinen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung. Dies untergrabe das Versicherungsprinzip und benachteilige Selbstständige systematisch.

Gravierende Lücken ortet die Freie Liste auch bei der Invalidenversicherung (IV). Werden Menschen nach Krankheit oder Unfall langfristig arbeitsunfähig, endet nach 720 Tagen die Krankentaggeldversicherung. Bis die IV ihre Leistungen spreche, vergehe oftmals viel Zeit, was zu Einkommensausfällen führe, die regelmässig durch die Sozialhilfe überbrückt werden müssten. Zudem werde bei der



Der stellvertretende Landtagsabgeordnete Patrick Risch und die Abgeordnete Manuela Haldner-Schierscher sowie Co-Geschäftsstellenleiterin Tatjana As'Ad (v. l.).
Bild: Daniel. Schwendener

Bemessung der Invalidität neben dem Invaliditätsgrad auch ein hypothetisches Erwerbseinkommen berechnet, das eine betroffene Person trotz gesundheitlicher Einschränkung erzielen könnte. Auf dieser Grundlage werde die Höhe der IV-Rente festgelegt. Dieses Berechnungssystem berücksichtige jedoch häufig unzureichend, ob entsprechende Arbeitsstellen unter realen Bedingungen überhaupt existieren würden. «Die zugrunde liegenden Annahmen orientieren sich an theoretischen Vergleichswerten und bilden die tatsächlichen Möglichkeiten von Personen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit

nur ungenügend ab», so Manuela Haldner-Schierscher.

Die FL kritisiert weiters das starre Stufensystem der liechtensteinischen Invalidenversicherung. Je nach Invaliditätsgrad werde eine Viertel-, halbe oder ganze Rente ausgerichtet. Bereits kleine Veränderungen im Invaliditätsgrad würden sich entsprechend unverhältnismässig stark auf die Rente auswirken. Dadurch entstünden wiederum sprunghafte Übergänge in der Leistungsorientierung, die für die Betroffenen erhebliche finanzielle Unsicherheiten mit sich bringen würden. Als besser beurteilt die Freie Liste etwa ein stufenloses

Modell, wie es in der Schweiz nach der letzten Reform eingeführt worden ist.

«Soziale Sicherheit nicht nur dank Vollzeitstelle»

Wird das Postulat vom Landtag an die Regierung überwiesen, soll die Regierung eine systematische Analyse der Sachlage durchführen. Man habe viele entsprechende Rückmeldungen von Betroffenen erhalten und es gebe unzählige offene Fragestellungen, betonte Manuela Haldner-Schierscher. Das System müsse dringend durchleuchtet werden. «Es gilt herauszufinden, wo Fehler im System sind», sagte die FL-Abgeordnete.

Gleichzeitig wolle die Partei auch eruieren, wo das System aus bestimmten Gründen bewusst exakt so ausgestaltet wurde und warum dies so sei. Solche Aspekte müssten politisch zwingend diskutiert werden. Die Postulantinnen wünschen sich eine umfassende Auslegeordnung, um aufzuzeigen, wo die Zahnräder der einzelnen Sozialwerke gut ineinandergreifen und wo sie sich derzeit blockieren. Oder wie Haldner-Schierscher zusammenfasste: «Es gilt, das System einem Realitätscheck zu unterziehen». Denn soziale Sicherheit dürfe in der heutigen Zeit nicht vom Vorliegen einer klassischen Vollzeitstelle abhängen.